

RUCKSTUHL GARAGEN
 Vielfalt aus Leidenschaft



OPEL



CHEVROLET



SAAB



Cadillac



CORVETTE

Ernst Ruckstuhl Elite AG, Harzachstrasse 4, 8404 Winterthur, Telefon 052 233 12 22 www.ruckstuhlgaragen.ch

Forum: Stadtblatt, Donnerstag, 11. Mai 2006.

Keine Wurstbrote am Schalder.

Zur Carte blanche «Der harte Weg zum Lernfahrausweis» von Rebecca Schmalholz im «Stadtblatt» vom 6. April:)

Dem Strassenverkehrsamt Winterthur werden unter anderem schülerunfreundliche Telefonzeiten vorgeworfen. Insofern ist anzufügen, dass die Schalder am Montag und Dienstag von 7.15 bis 17 Uhr und von Mittwoch bis Freitag von 7.15 bis 16 Uhr durchgehend geöffnet sind. Die Telefonzentrale wird zu diesen Zeiten ebenfalls bedient, wobei sie einzig jeweils von 12 bis 13 Uhr geschlossen bleibt. Im Artikel wird zudem ausgeführt, dass im Strassenverkehrsamt kein Mensch zu sehen war, «nur ein Wurstbrot essender Beamter am Schalder drei». Abgesehen davon, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Strassenverkehrsamtes während ihres Schalderinsatzes nicht verpflegen dürfen, sind im Strassen-

verkehrsamt Winterthur immer mindestens vier Schalder besetzt. Schalder drei wird einzig in Ausnahmefällen besetzt. Aufgrund der Personalstrukturen sowie der Einsatzplanung handelt es sich dabei stets um eine weibliche Person. Der Beamtenstatus wurde im Kanton Zürich bereits vor mehreren Jahren abgeschafft. Weiter wird angeführt, dass der Bewerberin um den Lernfahrausweis trotz ihres Nachfragens kein Anmeldeformular für die theoretische Führerprüfung habe abgegeben werden können. Im Strassenverkehrsamt liegen die Gesuchsformulare für die Kundschaft nicht nur immer in genügender Anzahl auf; diese werden vielmehr den Kunden auf ihr Verlangen selbstverständlich auch mitgegeben. Lediglich der Vollständigkeit halber sei angefügt, dass die Gesuchsformulare auch von zu Hause aus unter www.stva.zh.ch ausgefüllt werden können, wo es

zudem alle notwendigen anderen Informationen um den Führerausweiswerb zu finden gibt. Im Bericht wird auch behauptet, dass im Strassenverkehrsamt Winterthur eine «Mototafel» mit der Aufschrift «Wir sind für unsere Kunden da und bedienen Sie gerne!» vorhanden sei. Eine solche Tafel gibt es dort nicht. Schliesslich wird moniert, dass die Bewerberin nach der Anmeldung noch zwei Monate bis zur Theorieprüfung habe warten müssen. Gemäss klarer gesetzlicher Grundlage kann die Theorieprüfung frühestens einen Monat vor dem 18. Geburtstag abgelegt werden; die im Bericht erwähnte Bewerberin hatte demzufolge bei der Gesuchstellung das Mindestalter noch nicht erreicht.

Rolf Grüniger,
Geschäftsleiter des Strassenverkehrsamtes des Kantons Zürich.

Bei Nein droht Zweiklassenmedizin.

Zum Beitrag «Mehr Freiheit, höhere Toplöhne» von Jorge Serra im «Stadtblatt» vom 4. Mai:)

Mit dem Gesetz über das Universitätsspital, USZ, und das Kantonsspital Winterthur, KSW, werden keine Experimente gemacht, wie das die Gegner behaupten. Gerade weil die beiden Spitäler den Steuerzahler viel Geld kosten, soll er auch dafür eine gute Gegenleistung erhalten. Wir erinnern uns nur allzu gut an die Querelen im USZ. Diese hingen mit unklaren Kompetenzen zusammen. Beide Gesetze geben dem Unispital und dem Kantonsspital Winterthur mehr operative Freiheit und bringen eine klare Trennung der Gewalten. Die Gesundheitsdirektion bleibt Auftraggeberin, ist aber nicht mehr gleichzeitig Spitalleitung und ihre eigene Aufsichtsinstanz. Führung und Aufsicht über beide Spitäler werden gestärkt. Kantons- und Regierungsrat behalten ihren Einfluss. Der Kantonsrat kann bei der Wahl des neuen Spitalrats mitbestimmen und erhält mehr Mitspracherecht. Gerade die Stadt Winterthur, die jährlich Millionen dem KSW abliefern, hat ein Interesse, im neu zu bestellenden Spitalrat Einsitz

zu nehmen und künftig mitbestimmen zu können. Damit wird der Einfluss gestärkt, was die SP ja eigentlich befürworten müsste. Die Argumente, es handle sich um Privatisierungen, sind irreführend. Es wird behauptet, diese Gesetze würden es möglich machen, lukrative Geschäftsteile zu privatisieren. Wie soll das ökonomisch sinnvoll sein, wenn den Spitalern weiter vom Regierungsrat und dem kantonalen Parlament Globalbudgets (und diese sind nicht zu grosszügig) vorgegeben werden? Ebenso bleibt das Personal wie bisher öffentlich-rechtlich angestellt. Die Spitäler bleiben weiter im Besitz des Kantons. Man kann den Gesetzen also getrost zustimmen, weil sie längst notwendige organisatorische Verbesserungen mit sich bringen.

Dieter Kläy,
FDP-Kantonsrat, Winterthur

Zu Recht beklagt die Stadt die hohen finanziellen Abgeltungen, die unter anderem jährlich ans Kantonsspital fliessen. 2004 waren es 10 Millionen Franken, 2005 bereits 15 Millionen. Umso mehr



Bild: tos.

müsste die Stadt vom neuen Gesetz profitieren können, sie könnte Einsitz in den Spitalrat nehmen und mitbestimmen. Aber die SP und mit ihr zuvorderst Kantonsrat Jorge Serra sind aus fadenscheinigen Gründen dagegen und zementieren damit nicht nur einen stossenden Nachteil für Winterthur, sondern auch die Zweiklassenmedizin, weil das Kantonsspital Winterthur gegenüber den Privatspitälern noch stärker benachteiligt sein wird. Serra und die SP vertreten nicht die Interessen Winterthurs und schon gar nicht jener, die sich einen Aufenthalt in einem Privatspital nicht leisten können. Im Sinne eines funktionierenden Gesundheitswesens muss das Gesetz angenommen werden.

Hans-Rudolf Wolf, Winterthur.



Abfall.



Liebe Frauen und Männer. Wir sind zwei Schwestern, die in das Schulhaus Altstadt zur Schule gehen. Wir bitten Euch, dass das Schulhaus Altstadt in den Ferien und am Wochenende schön bleibt. Oft hat es nach den Ferien viel Abfall und Scherben auf dem Pausenplatz, und die Kinder vom Schulhaus müssen alles aufwischen. Bitte benützt doch die Abfallkübel, die überall in der Stadt aufgestellt sind.

Selina und Luna Krebs,
Winterthur.

Ruin und Konkurs.

Interessieren die sozialen Folgekosten eines Spielcasinos den Zürcher Regierungsrat nicht? Dieser will ein Casino erstellen. Und warum? «Weil die nächstgelegenen Spielbanken hohe Umsätze verzeichnen», heisst es in der Begründung. Dreht sich für den Regierungsrat denn alles um das Geld? Bleibt die soziale Verantwortung gegenüber gefährdeten Menschen vollends auf der Strecke? Will er nur Profit machen auf Kosten der Dummen, die sich im Casino amüsieren und ruinieren? Sonst geisseln viele Politikerinnen und Politiker den so genannten Casinokapitalismus: Die schnellen Profite der kapitalistischen Unternehmens-Sanierer, welche die sozialen Folgekosten ihrer strategischen Entscheide nicht interessieren. Ich frage mich: Interessieren den Regierungsrat die sozialen Folgekosten der Spielsucht, das ne-

gative Gesicht der Casinoindustrie, nicht, dass er sich stark macht für ein Zürcher Spielcasino? Vor einigen Jahren wollte die Stadt Zürich sich am neuen Spielcasino des Kongresshauses mit vier Prozent am Aktienkapital beteiligen. Dies war eine klatschende Ohrfeige für die Zürcherinnen und Zürcher, die sich kurz vorher gegen die Geldspielautomaten entschieden hatten. Die sozialen Kosten und auch die volkswirtschaftlichen Folgekosten von Spielhöhlen werden, wie bei den famosen Sanierern, auch im Falle des Geldspieles vollends ignoriert: Die Süchtigen, die sich mit dem Spiel ruinieren, Konkurs machen, ihre Familie nicht mehr unterhalten können, Alimente nicht zahlen, Geld unterschlagen – das spielt offenbar keine Rolle.

Heinrich Frei, Zürich.

Sind diese Rücktritte nachhaltig?



Intermezzo.

Nach dem Rücktritt von Joseph Deiss wurde dieser von den Medien als farb- und glanzlos bezeichnet ohne grossen Leistungsausweis. Sein spontaner Rücktritt sei sein grösster Coup gewesen; na das ist wirklich (k)ein besonderer Leistungsausweis.

■ ■ ■
Erstaunlich, dass dies von den Medien im Nachhinein so beschrieben wird und während der Amtszeit keine Kritik laut wurde. Obwohl ich mich sonst ja nicht sonderlich um die Frauen in der Politik sorge, ärgert mich der Rücktritt nur knappe zweieinhalb Jahre nach der Abwahl von Ruth Metzler. Nachdem Joseph Deiss, nun ganz offiziell bekannt, keine grossen Stricke zerrissen hat,

hätte er vor zweieinhalb Jahren Stil beweisen und zugunsten von Ruth Metzler auf den Bundesratssitz verzichten können. Dann wäre er als Polit-Kavalier in die Geschichte eingegangen. Ärgern tue ich mich über das aktuelle Geschrei nach einer Frau. Hätte die CVP im Dezember 2003 taktisch geschickt agiert, wäre Ruth Metzler noch Bundesrätin. Und dann standen ja auch noch Rita Fuhrer und Christine Beerli zur Auswahl, die man nicht wollte. Haben all die das vergessen, die meinen, Doris wird's jetzt richten?

■ ■ ■
Dann war da auch noch der Rücktritt von Rudolf Jeker, der inmitten von allen Polit-Skandalen und Rücktritten etwas unterging. Er ist überall geschätzt und wird als umgänglich bezeichnet, aber auch hier fehlt der grosse politische Aufhänger, an den man sich später erinnert. Erinnern tut man sich dafür ganz sicher an die frisch gebackene Ex-Regierungsrätin Dorothee Fierz. Allerdings wegen des Trauerspiels und auch hier nicht wegen einer grandiosen Polit-Show. Im Gegenteil. Sollen wir uns noch wundern, wenn die Stimmbürger nicht mehr wählen gehen? Eigentlich ziemlich peinlich

diese Geschichte. Ich habe Frau Fierz persönlich kennen gelernt, und zwar anlässlich ihres Jahres als Regierungspräsidentin. Eine junge SP-Kantonsrätin und ich durften für die «NZZ» ein Interview zum Thema Generationenwechsel mit Frau Fierz führen. Natürlich hatten wir nicht die gleichen politischen Fragen, die Antworten waren aber dieselben, diese lauteten nämlich etwa so: «Das wird dann im Rahmen des Gesamtkonzeptes diskutiert», «Das kann nicht losgelöst von XY besprochen werden» oder «Da darf ich als Einzelperson keine Stellung nehmen, da dies der Gesamtregierungsrat entschieden hat». Dafür ist das Wort Nachhaltigkeit etwa 100 Mal gefallen. Weil der Regierungsrat nachhaltig sein wolle, müsse das und das gut überlegt sein und könne natürlich nicht einfach so losgelöst entschieden werden. Tja.

■ ■ ■
Das einzig Nachhaltige, was von Frau Fierz geblieben ist, ist der Ärger über die Feinstaub-Aktion. Und die Hoffnung, dass der Nachfolger (Favorit Filippo) die Tempo-80-Tafeln lässt, wo sie sind.

■ ■ ■
Natalie Rickli, SVP-Gemeinderätin.

